

Tischvorlage

für die Sitzung des Senats am 09.06.2020

Beschaffung von Schutzausrüstungen im Ausland

„Anfrage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) durch den Einzelabgeordneten Peter Beck (AfD)“

A. Problem

Ich frage den Senat:

1. Ist es für den Senat ein normaler Vorgang, wenn durch den noch amtierenden Ortsamtsleiter in Blumenthal, Herrn Peter Nowak, gemeinsam mit anderen Privatpersonen und Unternehmen 700.000 Schutzmasken und 250.000 Schutzanzüge im Ausland im Wert von ca. 6,2 Millionen Euro bestellt werden und der Senat dafür in Vorkasse geht; wer hat diese Verhandlungen mit wem geführt und gibt es hierfür eine schriftliche Vereinbarung?
2. Wie viele Geschäftsleute waren an den Verhandlungen zur Beschaffung der Schutzmasken und Schutzanzüge beteiligt und wer war innerhalb des Senats der/die Verhandlungsführer/in und wie lange dauerten die Vertragsverhandlungen bis zum Vertragsabschluss?
3. Wäre ein direkter Erwerb durch den Senat der Schutzmasken und Schutzanzüge durch den Senat kostengünstiger gewesen und warum ist dies nicht erfolgt?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Wegen des Zusammenhangs werden die Frage 1,2 und 3 gemeinsam beantwortet:

Die anhaltende Pandemie ist eine außergewöhnliche und krisenhafte Situation. Angesichts der zu Beginn der Krise kaum verfügbaren, aber dringend erforderlichen Schutzausrüstungen war das Vorgehen des Senats zur gesundheitlichen Gefahrenabwehr der

Bevölkerung in Abweichung üblicher Bestellwege und Verhandlungen ohne Teilnahmewettbewerb zwingend erforderlich und somit alternativlos. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte für ein derartiges Vorgehen bereits am 19. März 2020 die Voraussetzungen geschaffen.

Die Anforderung erfolgte schriftlich und kurzfristig im Auftrag von MitarbeiterInnen des Gesundheitsressorts unter Vermittlung des Leiters des Ortsamtes Blumenthal. Es bestehen keine geschäftlichen Beziehungen zu dem Auftragnehmer. Der Vertrag wurde am 1. April 2020 geschlossen.

Ein direkter Erwerb durch den Senat wäre nicht kostengünstiger gewesen, zumal sich die Kosten für das angeforderte Schutzmaterial im unteren Ende der Preisspanne bewegten. Wegen der staatlichen Bestellung und der Vermittlung durch das Ortsamt entfielen sogar Steuern und Zollgebühren.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Es sind keine Genderaspekte betroffen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz steht nichts im Wege.

G. Beschluss

Der Senat beschließt die vorliegende Antwort der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz vom 25.05.2020 auf die Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) des Einzelabgeordneten Peter Beck vom 15.05.2020.